

Der Freihandel in schwerer See ...

Handelskriege in Sicht? (Teil 2)

Die Globalisierung – inzwischen zumindest partiell eher auf dem Rückzug als im Vorwärtsgang – hat nicht nur zu viele echte und gefühlte Verlierer erzeugt, sie bringt zudem kulturverändernde Entwicklungen mit sich, die in manchen Ländern zu immer stärkeren Einigelungswünschen führen.

Man kann dies gegenwärtig am Erstarren des Konservatismus und rechtspopulistischer Bewegungen nicht nur in Europa beobachten. Durch das gefühlte Chaos – die Welt rückt quasi täglich näher – fühlen sich Viele auf ihrem ureigenen Heimmattland bedroht. Die Jubelchöre über des Islam- und EU-Feindes Geert Wilders sogenannte Niederlage im März 2017 wir-

ken, rein sachlich betrachtet, bemüht: seine Partei wurde erstmals zweitstärkste Kraft im Nachbarland; man stelle sich vor, die AfD erreichte Gleiches in Deutschland.

Die Französin Marine Le Pen, Chefin des Front National und Euro-Gegnerin, spitzt zu: „In den USA, in Großbritannien und hoffentlich bald auch in Frankreich, zeigt

sich der Wille des Volkes, der ungezügelter Globalisierung und dem unfairen Wettbewerb ein Ende zu setzen. Die Menschen wollen die Nation wieder haben, die Nation mit ihren Grenzen, die Nation – auch das ist wahr – mit allen protektionistischen Maßnahmen.“

Dem vorausseilend handelt offenbar die sozialistische Regierung Hollande: Die neuen hochbürokratischen und kostengespickten, als schikanös empfundenen französischen „Entsenderichtlinien“ bringen gerade grenznahe deutsche Firmen in Wallung: „Unsere Firmen empfinden dies als Protektionismus“, beklagt Frédéric Carrière von der IHK Südlicher Oberrhein.

Verkehrte Welt

In der Jetztzeit wirbt der chinesische Staatspräsident Xi Jinping wärmstens für freien, liberalen Handel – in einem Telefonat mit Kanzlerin Merkel beschwor er jüngst treuherzig, „sich gemeinsam für freien Handel und offene Märkte einzusetzen“ – der neue US-Präsident tut das Gegenteil, er will individuelle „Deals“ mit Nationalstaaten, was die Wirtschaftsmacht der EU schwächen würde. Xi Jinpings Freihandels-Eifer ist deswegen

Norbert Breuer

Fachmann für Exportmarketing und Interkulturelles Management. Er arbeitete lange Jahre als Exportmanager in der Industrie und für staatliche Wirtschaftsförderungen im In- und Ausland. Seit über 20 Jahren selbständiger internationaler Managementberater tätig und führt Unternehmen in Auslandsmärkte, vornehmlich in den französischen.

Das Schwergewicht liegt auf dem Personal- und Vertriebspartnerbereich. Daneben ist er als Seminar- und Hochschuldozent sowie als Buchautor tätig.

www.breuer-exportmarketing.de



Abb: Thorben Wengert / pixelio.de

pikant, weil es just die Chinesen sind, die die globalen Freiheiten weidlich nutzen – man denke an unerwünschte Firmenaufkäufe in Deutschland – doch in ihrem eigenen Lande werfen sie ausländischen Investoren ungeniert Knüppel zwischen die Beine.

Marcel Fratzscher, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, über die Erfahrungen mit China (DLF, 25. Januar 2017): „Viele westliche Unternehmer, auch deutsche Unternehmen sind in der schwierigen Lage, dass sie sagen, wir werden über den Tisch gezogen, sehenden Auges. Aber gleichzeitig ist der Markt für uns so wichtig, dass wir das in Kauf nehmen, weil ansonsten haben wir keinen Fuß in der Tür in China und wir werden langfristig dann abgehängt.“

Als im Januar 2017 der Reutlinger Maschinenbauer Manz einen Auftrag aus dem Reich der Mitte für 263 Millionen an Land zog (zum Vergleich: dessen Jahresumsatz betrug 2015 220 Mio.), äußerte sich Firmenchef Dieter Manz im Deutschlandfunk in dezidierten Lobestönen, der Mittelstand spüre kaum Negative in China. Man kann ihn durchaus verstehen: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ gilt von alters her. Zumal: In diesen Tagen erklimm erstmals China Rang Nummer eins der deutschen Exportländer; dahinter – verblüffend am Rande – überholte Frankreich wieder die USA, die letztes Jahr noch auf der Pole-Position standen.

Schaut man sich an, wohin die USA 2016 am meisten exportierten, so positioniert sich Mexiko knapp hinter Kanada auf Rang zwei – mit weitem Abstand vor China.

Donald Trump kündigte nichtsdestoweniger für Mexiko Zölle von 35 Prozent an, die er nun auf „bis zu 20 Prozent“ senkte (diese sollen direkt für die geplante Grenzmauer zu Mexiko verwendet werden), für China stehen immer noch deftige 45 Prozent im Raum. Ein Industriemanager, der mit seinem zweitbesten Großkunden bei Problemen in solch rabiater Weise verführe, statt ihn mit Glacéhandschuhen anzufassen und verbindlich Abstimmung zu suchen, rüttelte an den Grundfesten jeder Vernunft.

Das lässt Augenmaß also stark vermissen. Wenngleich Länder wie Indien, Brasilien, Russland und China beim Autoimport ebenfalls sehr beherzt zulangen (Zölle sind nur einträglich bei Produkten, die fast unbeeindruckt weitergekauft werden). Offenkundig baut Trump darauf, dass sich betroffene Länder dies gefallen lassen müssen, der immensen Marktmacht der USA zuschulden. Dass seine Taktik be-

inhaltete, China dazu zu bringen, selbst offener für Investitionen zu werden, den seit langem währenden Lizenzklau zu unterlassen, scheint indes nicht Teil seiner Strategie zu sein.

Dieses irrlichternde, unbehutsame, inkohärente Kundtun via 140 Twitter-Zeichen verunsichert – weltweit. Die deutsche Volkswirtschaft könnte ebenfalls in turbulenten Fahrwasser geraten, wenn sie erst voll ins Blickfeld Trumps rückt.

Freihandel und Arbeitsplätze

Viele Arbeitsplätze hierzulande hängen vom Freihandel ab – um 50 Prozent sänke unser Pro-Kopf-Einkommen, genössen wir keinen Zugang zu Exportmärkten. Werden die Zölle höher, werden sich deutsche Hersteller gezwungen sehen, vor Ort in den Absatzmärkten zu produzieren – längst schon wird nicht einmal mehr die Hälfte der von deutschen Produzenten im

Ausland verkauften Wagen in Deutschland hergestellt. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries schrieb den USA die Warnung ins Stammbuch, die Bundesregierung könne auch mit Klagen gegen protektionistische US-Zölle vorgehen. Mit gutem Recht: Gemäß WTO sind allenfalls 2,5 Prozent Zoll auf Automobileinfuhren zulässig. Man darf auch gerne immer wieder betonen, dass die deutsche Wirtschaft in den USA durch Direktinvestitionen 700000 Arbeitsplätze geschaffen hat.

In diesem Kontext moniert Trump, dass in New York zu viele deutsche Autos herumführen. Doch niemand hat die US-Amerikaner je genötigt, einen deutschen Wagen zu kaufen – sie sagten ihnen schlicht mehr zu als jene von Corvette, Chevrolet, Chrysler und Co. Mister Trump wirft übrigens Steine aus dem Glashaus, pilotiert er selbst doch einen Mercedes SLR McLaren, seine Tochter einen Audi S 5. □